KURIER
Kurier Gesamtausgabe
17-10-2018
Seite: 8
Land: Österreich
Region: Überregional
Auflage: 138.940
Reichweite: 551000
Artikelfläche: 17214 mm²
Skalierung: 100%

ALTERSVORSORGE

„Pensionslücke" wächst, Regierung schaut weg

Zusatzpension. Experten fordern Ausbau

Der Wert der Pensionsversprechungen sei in den vergangenen Jahrzehnten um gut 30 Prozent gesunken. Statt, dass die Politik den Österreichern klar gemacht hätte, dass sie länger arbeiten müssen, habe sie einfach die Pensionsberechnungssätze reduziert. Ergebnis: Statt 40 Jahre müsse man für dieselbe Pensionshöhe 45 Jahre arbeiten, kritisiert Generationen-Experte Bernd Marin.

„Die jetzige Regierung hat die Sanierung des staatlichen Pensionssystems überhaupt abgesagt. Sie belässt es bei den alten sozialistischen Positionen", empörte sich Marin bei einem Kamingespräch des Fachverbands der Pensionskassen. Er hält einen Ausbau der zweiten Säule, das sind die Pensionskassen, für dringend geboten. Andernfalls sei die Pensionslücke nicht annähernd zu schließen.

Andreas Zakostelsky, Obmann des Fachverbands, hat auch konkrete Ideen, wie dieser Ausbau gelingen könnte. Erstens bekräftigt er die langjährige Forderung nach steuerlich begünstigter Einzahlung in Pensionskassen durch die Arbeitnehmer. Derzeit können Arbeitnehmer zwar freiwillig einzahlen, bekommen aber keine Steuervorteile dafür. Arbeitgeber hingegen können die Beiträge in die Pensionskassen als Betriebsausgabe geltend machen. Zweitens wünscht sich Zakostelsky, dass in allen Kollektivverträgen Einzahlungen in Pensionskassen aufgenommen werden. Bisher ist das nur in einigen Sparten – etwa bei den Metallern – der Fall. Drittens sollte das Geld der Vorsorgekassen (Abfertigung neu) für Zusatzpensionen verwendet werden. Und schließlich fordert Zakostelsky eine gesetzliche Pflegevorsorge.

VBV

Andreas Zakostelsky: Obmann des Pensionskassen-Verbands

Nachzügler

Der internationale Pensionsexperte Robert Holzmann verwies darauf, dass Österreich in punkto Privatvorsorge ein Nachzügler sei. Nur 610 Millionen Euro an Pensionsauszahlungen stammten aus privater Vorsorge, 50 Milliarden Euro dagegen vom Staat.

– IRMGARD KISCHKO

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter